

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreispalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenaplatz 3. Fernsprechanlagen 2 28 41 und 2 28 42.

Arbeitsbeschaffung - die Schicksalsfrage für Deutschland.

Forderungen des Reisetkongresses.

Der Außerordentliche Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fasste seine Forderungen zur Arbeitsbeschaffungsfrage in folgender

Entscheidung

zusammen:

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfsprozess der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabe öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenausbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch aufreißbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volks-

tümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, daß sie die von der Bevölkerung gebotenen Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongress wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaukraft.

Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongress es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneuert der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Zum 1. Mai.

(Den Arbeitslosen gewidmet.)

Und ob ihr auch, von Not geplagt,
Von Elend seid umwickelt,
Und wenn auch mancher schon verzagt,
Entmutigt und verbittert —
Empor am ersten Tag des Mai!
Ruff eure Not mit heissem Schrei
Hinaus in alle Winde,
Daß sie ein Echo finde!

Ein Echo finde dieser Schrei,
Jerquält und schmerzzerissen
Der Schrei empörte Warnung sei,
Appell ans Weltgewissen!
Hier hilft kein oder Phrasenbrei!
Hört, Kapitalisten, diesen Schrei!
Hier hilft kein falsches Lärnen —
Die Arbeitslosen warnen!

Da draußen blaut der Maientag
In aller Jugendschöne!
Und fröhlich klingt der Lerchenschlag!
Jedoch der Arbeit Söhne
Stößt man brutal vom reichen Tisch
Des Lebens — weder Fleisch noch Fisch
Ist nach des Mammons Sägung
Der Arbeitslosen Aßung!

Verwinden muß des Elends Schmerz,
Der Armut harte Plage!
Dies schwören wir mit Hand und Herz
Am ersten Maientage!
Ob noch in Fron, ob arbeitslos,
Wird sich das Volk geeint und groß
— Nicht eher gibt es Frieden! —
Ein besseres Leben schmieden! —

Mag kommen, was da kommen mag!
Nicht eher gibt es Frieden,
Als bis ein leichter Maientag
Der ganzen Welt beschieden!
Des Menschenlebens ist's genug!
Wir kündten Krieg dem Volksbetrug,
Daß endlich Freiheit werde
Für alle auf der Erde!

Laetz.

Werbearbeit hat Erfolg!

In der Zahlstelle

851n

wurden im I. Quartal 1932 dem Verbands

im Monat Januar	74
im Monat Februar	84
im Monat März	87
zusammen	245

neue Mitglieder zugeführt. Auch hier wieder das Erfreuliche: Wo geworben wird für den Verband, bleibt der Erfolg nicht aus. Wer kann über ähnliche Erfolge berichten?

Der Reisetkongress des ADGB.

Im PlenarsitzungsSaale des Reichstages trat am 13. April der Außerordentliche Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen. Reichskanzler Dr. Brüning, der vor den aus dem ganzen Reich versammelten Vertretern der freien Gewerkschaften sprechen wollte, war durch wichtige Beratungen über außen- und innenpolitische Fragen leider so in Anspruch genommen, daß er nicht erscheinen konnte. Trotzdem waren die Vertreter der Reichsregierung und der Regierung Pressens zahlreich erschienen, ein Beweis, daß die Behörden die Wichtigkeit und die Bedeutung des Kongresses und die unaufschiebbare Dringlichkeit der zur Erörterung stehenden Probleme der Arbeitsbeschaffung voll erkannt hatten.

An Dr. Brünings Stelle waren von der Reichsregierung Reichsarbeitsminister Stegerwald, Reichswirtschaftsminister Warmbold und der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Geib, erschienen, von der preussischen Regierung Ministerpräsident Brauns und der Minister des Innern, Severing — die beide mit demonstrativem Beifall begrüßt wurden —, ferner Wohlfahrtsminister Hirtjes, Finanzminister Klepper und der Staatssekretär im Handelsministerium Dr. Ständer. Auch der Berliner Polizeipräsident Orzeszinski nahm an den Verhandlungen teil. Reichstagspräsident Lobe war ebenfalls anwesend und wurde lebhaft begrüßt.

Aus der Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden

Theodor Leipart

heben wir folgende wichtigen Punkte hervor:
Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.
Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit

planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Der Bundesvorsitzende des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter keinen Umständen die Währung gefährdet werden dürfe. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wieder herstellen.

Die Deflationpolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die Arbeiter und Angestellten, von äußerster Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Löhne führt zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, er zerstört nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen zur Belebung der Wirtschaft, er untergräbt die Grundlagen der staatlichen Ordnung, er steigert die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.
Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer

vielfach Überstundenarbeit geduldet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienens zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenwoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Novverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauern würden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größerer Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabbau von 10 Prozent aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschieden Protest gegen diese wider sinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterklasse verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schatz ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen

Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Finanzbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Das Referat über

„Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“

hielt der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Wilhelm Eggert.

Er führte u. a. aus:

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Notkongress an Staat und Gesellschaft stellt, gipfelt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist, und daß der jetzige Zustand von fast sieben Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch drei markante Züge gekennzeichnet: durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die anderen Krisenherde. Die Weltwirtschaft in allen Zweigen ist also diesmal in ihrer Gesamtheit getroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem verlagert. Diese Tatsache ist für unsere Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung.

Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Weltabwands beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion sank von 12 Prozent im Jahre 1928 auf 9 Prozent im Jahre 1931.

Ein allgemeiner Deflationsprozeß der Weltwirtschaft, ein Arbeitslosenheer von 25 Millionen Menschen, der Zusammenbruch von Gütererzeugung und Güterverbrauch, Steuersenkungen und Haushaltsdefizite in fast allen Staaten — das ist die Bilanz des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaft.

Soll diese Lamine des Leidens und des Elends, der Zerstörung aller Werte hemmungslos weiterrollen? Kommt die Arbeiterklasse dadurch etwas schneller zu dem ersehnten Ziel einer planvoll geregelten sozialistischen Wirtschaft?

Wer das glaubt, und wir haben in Deutschland eine Partei solcher Gläubigen, der kann für die Linderung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, der darf sich für Arbeitsbeschaffung überhaupt nicht einsetzen. Für diese Wundergläubigen ist die Hoffnung auf Sieg am größten, wenn das Elend und die Not der Arbeiterklasse am schwersten sind.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie versuchen die Verantwortung vor sich abzuwälzen, indem sie mannsgefest erklären, Schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber das selbe Unternehmen, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionsromantiker und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen.

Der Staat hat gerade angesichts des Verfalls der Privatwirtschaft die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Überzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung ausgegangen. Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verwirklichung und Abgang der Kredite so gesichert werden, daß die Wahrung in keiner Weise bedroht ist.

Als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung sind folgende Arbeiten anzusehen:

1. die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes,
2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren,
3. der Kleinwohnungsbau,
4. die Hausreparaturen,
5. Aufträge der Reichsbahn,
6. Aufträge der Reichspost,
7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten,
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingeschaltet. Das wird behebend auf eine Reihe von Verbrauchsgegenständen wirken. Ingleichen werden auch die Konsumindustrien eine Belebung erfahren. Neue Aufstellungen in der Wirtschaft werden stattfinden, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Angehörigen verstärken. Das Wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und in seine Zukunft wiedergeben vermag.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht so, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck angebracht werden könnten. Es muß sogar geprüft werden, in welcher Weise auch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Steuerentlastungen an der Hauszinssteuer und Reichsfinanzsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Reparationen der Reichsanleihe an Arbeitslosenunterstützung (insolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des Weiteren die von den Wiederbeschäftigten anzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Endlich muß die Finan-

zierung ermöglicht werden durch eine volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in einer „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden. Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einleiten. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Preisbildung unter allen Umständen zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche durchführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angesichts der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Argernis geworden. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben, wenn Gesellschaft und Staat nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil möglichst hoch ist. Zusätzliche Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüter-Industrie, in weiterer Folge die Produktionsgüter-Industrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtkreislauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den Freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum.

Der Vortragende ging dann näher auf das Elend der Arbeitslosen ein. Von den nahezu sieben Millionen Arbeitslosen sind über zwei Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit.

In steigendem Maße müssen leistungsschwache, vorwiegend ländliche Gemeinden, die Wohlfahrtsfürsorge an Arbeitslose bis zum äußersten einschränken.

Die allgemeine Not ist ungeheuer groß, ist bis zur Unerträglichkeit angewachsen. Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen. Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unübersehbar; es geht hier alljährlich in die Hundert Millionen.

Nun hat die Arbeiterklasse, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongress an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung bedeutet Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Nach der Rede Eggerts sprach der Reichsarbeitsminister Stegerwald:

Er berief sich auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress:

Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Befundung im Innern. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man vielfach damit erst für das Jahr 1933. (Unruhe.)

Als Hauptursache des Schrumpfungprozesses kann ich nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2½ Milliarden Mark könnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeeinträchtigt bleiben.

Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweites Mal ihre Schulden los zu werden hoffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne diese Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorpiel gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankenfinanzierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiviertel Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Von Eggert angezweifelter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel. (Zwischenruhe.) Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den Freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitem müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde. Die Reichsregierung habe bereits sichere

Finanzierungspläne für eine verstärkte Siedlung, besonders für eine Verpflegung der städtischen Vorraumbevölkerung, ebenso auch für den Straßenausbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das aber noch einige Angleichungen notwendig. (Gezügelter Widerspruch der Delegierten.) Diese Angleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabzug. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Wahrung zu gefährden.

(Schluß des Berichtes folgt.)

wir vom Vorjahre mit in das Jahr 1931 übernehmen konnten ist um rund 2 Millionen Mark geringer gewesen als beim Jahreswechsel 1929/30. Daß ein Verlust von mehr als 54 000 Mitgliedern die Einnahmen aus Beiträgen ganz beträchtlich verringert, ist unausbleiblich. Dazu kommt, daß viele der erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen — wir haben im Bericht über die Mitgliederbewegung ja gezeigt, wie ungeheuer groß die Arbeitslosigkeit unter unseren Verbandsmitgliedern war — statt der früher geleisteten Vollbeiträge nur Erwerbslosenbeiträge leisteten, um ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Das schmälert die Einnahmen der Verbandskasse natürlich ganz bedeutend. Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge insgesamt wie je Mitglied und Jahr ist ebenfalls gesunken. Im Jahre 1930 leistete das Mitglied durchschnittlich 48,5 Wochenbeiträge, 1931 sank die Beitragsleistung je Mitglied und Jahr auf 45,4. Auch die Höhe der von jedem Mitglied aufgetragenen Beitragssumme ist gesunken, und zwar von 44,20 Mk. für das Jahr 1930 auf 37,67 Mk. für das Jahr 1931. Auch in diesen Zahlen drückt sich die traurige Wirtschaftslage mit all ihren für die Arbeiterschaft so unerfreulichen Begleiterscheinungen aus. Der Lohn- und Preisdruck, den die Unternehmer mit Hilfe der Reichsregierung ausübten, äußert sich sehr drastisch in den sinkenden Beitragseinnahmen des Verbandes, weil die Beiträge ja nach den Stundenverdiensten gestaffelt sind und demzufolge den sinkenden Stundenlöhnen angepaßt werden können. Von dieser Möglichkeit haben die meisten Mitglieder auch Gebrauch gemacht, sie mußten es zum größten Teil sogar tun, weil die Verdienstschränkung oft zu hart war und eine äußerste Beschränkung aller Ausgaben im Arbeiterhaushalt forderte. Die verhassten Arbeiterorganisationen finanziell möglichst zu schwächen, war ja bei den Unternehmern sehr oft, wenn nicht immer, die Triebfeder ihres Handelns bei den Betriebsstillegungen und bei den wiederholten Lohnsenkungen. Daß sie dabei Menschen, Volksgenossen, daß sie Frauen und Kinder dabei in die bitterste Not hineinstießen, kümmerte die Unternehmer wenig.

Weshalb mehr kümmern sich die Gewerkschaften um die materielle Not ihrer Mitglieder. Die folgenden Zahlen über die Summen, die die Hauptkasse unseres Verbandes in den letzten Jahren für Unterstufungen ausgab, beweisen es. Es wurden ausgezahlt:

im Jahre 1926	4 596 830,83 Mk.
im Jahre 1927	4 528 125,63 Mk.
im Jahre 1928	6 595 688,00 Mk.
im Jahre 1929	6 798 995,85 Mk.
im Jahre 1930	10 418 702,71 Mk.
im Jahre 1931	10 696 393,31 Mk.

Das sind mehr als 43 Millionen Mark, die der Verband in den letzten sechs Jahren zur Unterstützung seiner noleidenden Mitglieder aufwandte.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise kommt in den jähren Steigerungen der aufgewendeten Summen deutlich zum Ausdruck. Besonders die letzten beiden bisher schlimmsten Krisenjahre heben sich scharf von den Vorjahren ab. Zieht man bei der Beachtung der Ausgaben im letzten Jahre noch in Betracht, daß sie nur darum nicht noch höher sind, weil im letzten Vierteljahr 1931 bereits die niedrigeren Beitragsätze in Kraft waren, die der Münchener Verbandstag der Not gehorchend und gemäß der ungeheuren Anspannung unserer finanziellen Kräfte beschließen mußte, so kann man erst die Not ermessen, die wie eine Sturmflut über unsere Verbandsmitglieder hereinbrach. Die Zahlen sind aber auch ein sprechender Beweis für die Notwendigkeit solidarischer Handelns und für die immerhin wirksame und wertvolle Hilfe, die die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen waren.

Das zeigt sich noch mehr und noch besser in der folgenden Zusammenstellung, aus der die Summen, die zur Linderung der größten Not in den Jahren 1930 und 1931 ausgegeben werden mußten, für die einzelnen Unterstützungsarten besonders ersichtlich sind.

Es wurden von der Hauptkasse ausgegeben für:

	1930	1931
	Mk.	Mk.
Reisenunterstützung	12 239,56	13 722,70
Erwerbslosenunterstützung	5 880 546,58	6 117 106,11
Krankenunterstützung	2 146 283,85	1 495 309,94
Invalidenunterstützung	1 184 751,27	1 931 739,15
Rechtschutz	43 363,74	70 988,36
Gemäßregeltenunterstützung	26 961,73	25 118,83
Umzugsunterstützung	40 528,19	31 085,80
Rollwagenunterstützung	477 675,77	9 003,57
Sterbegeld	347 246,55	362 235,25
Streikunterstützung	259 107,47	640 012,60
	10 418 702,71	10 696 393,31

Die Erwerbslosenunterstützung erforderte im Jahre 1931 über 230 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Steigerung ist nicht entfernt mehr so kraft wie von 1929 auf 1930. Aber im Jahre 1930 erfolgte ja auch der jähe Abbruch der Beschäftigungsmöglichkeiten. Stark gesunken sind dagegen die Ausgaben für die Krankenunterstützung, für die im Berichtsjahre 650 902,91 Mk. weniger ausgegeben wurden als im Vorjahre. Dazu ist zu sagen, daß beide Unterstützungsarten oft ineinander übergreifen, weil die Fälle in beiden gleich hoch sind und daher die Grenzen nicht immer scharf innegehalten werden. Außerdem sind viele Mitglieder, die ihres Gesundheitszustandes wegen in früheren Jahren mit gewisser Regelmäßigkeit Krankenunterstützung bezogen, nun in den Bereich der Invalidenunterstützung des Verbandes gekommen, so daß sie nun nicht mehr als Bezahler von Krankengeld anstretten. Daher ist die Ausgabe für die Invalidenunterstützung gegen das Vorjahr auch um fast 750 000 Mk. gestiegen. Diese neue Unterstützungseinrichtung stellt also an die Verbandskasse sehr hohe Anforderungen, ist aber auch ein Stück Sozialismus, das die Organisation ja in allen ihren sozialen Unterstützungseinrichtungen erblickt. Zu erwähnen ist ferner noch die ganz unverhältnismäßig starke Steigerung der Ausgaben für die Streikunterstützung, über 380 000 Mk. mehr als im Jahre 1930. Diese Mehrausgabe ist zum allergrößten Teil auf die großen Arbeitskämpfe der Glasindustrie zurückzuführen, die in den ersten Monaten des Jahres 1931

Das Verbandsjahr 1931.

2. Finanzwesen.

Eine Wirtschaftskrise von derartigen Ausmaß und von solcher Schärfe, wie wir sie jetzt durchleben, muß natürlich die Arbeiterorganisationen in Schwierigkeiten bringen, die bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht aufstreten. Die tiefen Arbeitslosigkeit muß nicht nur einen Rückgang der Mitgliederzahlen im Gefolge haben, sie wird auch auf die finanziellen Verhältnisse der Verbände einen empfindlichen Einfluß ausüben. Dies tritt auch in dem Bericht über das Finanzwesen unseres Verbandes zutage, wie schon die Betrachtung der Einnahmen in den Jahren 1930 und 1931 zeigt:

Die Einnahmen in den letzten beiden Jahren stehen sich wie folgt gegenüber:

	1930	1931
	Mk.	Mk.
Kassenbestand vom Vorjahre	5 162 707,28	2 996 139,56
Einnahmen aus Beiträgen	20 139 637,98	14 575 964,81
Sonstige Einnahmen	1 390 654,93	2 366 552,80
	26 693 000,19	19 938 657,17

Die Einnahmen aus Beiträgen sind um mehr als 5½ Millionen Mark zurückgegangen, auch der Kassenbestand, den

ausgefochten wurden. Der Anteil des einzelnen Mitgliedes an der Gesamtsumme der Ausgaben für Unterstüpfungen ist von 22,86 Mk. auf 25,87 Mk. im Jahre 1931 gestiegen.

Es wurden ausgegeben für:

Table with 3 columns: Category, in Prozenten der Einnahme an Beiträgen, Gesamt- ausgabe. Rows include Reiseunterstützung, Erwerbslosenunterstützung, Krankenunterstützung, etc.

In diesen Zahlen ist ebenfalls ausgedrückt, daß der Verband im Jahre 1931 größere Anstrengungen machen mußte, um die solidarische Pflicht der Unterstüpfung seiner notleidenden Mitglieder zu erfüllen.

Wie sich die Gesamtausgaben im Jahre 1931 im einzelnen verteilen, zeigt die nächste Zusammenstellung, die auch Vergleichsmöglichkeit mit den Ausgaben im Jahre 1930 bietet.

Es wurden ausgegeben für:

Table with 3 columns: Category, 1930 Mk., 1931 Mk. Rows include Unterstüpfungen aller Art, Anteile der Zahlstellen an den Beiträgen, Druck und Versand des Proletariers, etc.

Die einzelnen Posten sprechen für sich selbst. Gesunken sind die Anteile der Zahlstellen an den Beiträgen, wie es bei den zurückgehenden Beitragseinnahmen erklärlich ist.

Wenn der Bericht über das Verbandsjahr 1931 auch nicht so erfreulich ist, wie er es in Jahren guter Konjunktur war, so spricht es doch für die guten und gesunden organisatorischen und finanziellen Grundlagen unseres Verbandes.

günstigeren Zeiten nicht schwer sein, aus diesem Tal unseres Weges zur Befreiung der Arbeiterklasse wieder auf die Höhen zu gelangen und unserem Ziele näherzukommen.

Hitlers Niederlage trotz Kommunistenhilfe.

Dieses war der zweite Streich, doch der dritte folgt sogleich.

Der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl hat, wie zu erwarten war, mit dem Siege Hindenburgs geendet.

Drei Pfeile!

Drei Pfeile fliegen gleiche Bahn, sie stoßen vor, sie greifen an, der erste Pfeil heißt Einigkeit und spricht: trefft gut und seid bereit!

Drei Pfeile sausen, lichtbesont, ihr Bogen ist die Eisene Front. Den ersten Pfeil schießt die Partei, Gewerkschaft, das ist Schätze zwei, Reichsbanner und der freie Sport.

Beflügelt von des Volkes Jorn drei Pfeile fliegen kühn nach vorn! Ein jeder spricht: es ist genug, genug mit Lug und Volksbetrug!

scheint, ist das gar nicht, Extreme haben immer gewisse gemeinsame Interessen. Das Ziel, das sowohl Nazis wie Kommunisten verfolgen, ist das Chaos, der Bürgerkrieg.

Der günstige Ausgang der Präsidentenwahl darf aber nicht dazu verleiten, die kommenden Landtagswahlen weniger ernst zu nehmen. Im Gegenteil, jetzt müssen erst recht alle Kräfte eingesetzt werden, um die Niederlage des Faschismus zu vollenden.

Papier-Industrie

Die Papiererzeugungsindustriellen fordern weitere Kaufkraftvernichtung.

Vor ungefähr einem Jahre nahmen die Lohnabbauforderungen der Arbeitgeber mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums und der staatlichen Schlichtungsstellen greifbare Gestalt an.

Trotz Lohnabbau wurde die Arbeitslosigkeit größer! Das ist die Beobachtung, die schon seit langem gemacht werden konnte.

Das ist die Beobachtung, die schon seit langem gemacht werden konnte. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Papierindustrie beweist es.

Table with 3 columns: Industrie, 1. März 1931, 1. März 1932. Rows include Papiererzeugung, Papierverarbeitung, Buchdruck, Gesamte deutsche Industrie.

Neben dieser Steigerung der Arbeitslosigkeit hat die Kurzarbeit in geradezu erschreckendem Maße innerhalb der deutschen Industrie Platz gegriffen.

Nach den Versprechungen der deutschen Arbeitgeberverbände sollte aber durch die Zauberformel des Lohnabbaues die Arbeitslosigkeit in der deutschen Volkswirtschaft so gut wie verschwinden.

Die Zauberformel der Unternehmerverbände sollte durch den Lohnabbau ein Sinken der Preise und damit eine Steigerung der Produktionsmöglichkeit herbeiführen.

Table with 2 columns: Jahr, Zellstoffproduktion in Tonnen. Rows include 1927, 1928, 1929, 1930, 1931.

Danach ist seit 1929 - dem Jahre der Höchstproduktion - bis 1931 die deutsche Zellstoffproduktion um 40 Prozent gesunken.

Die arbeitsmäßige Produktion, wobei die Zeit vom Juli 1924 bis Juni 1926 = 100 festgesetzt ist, ergibt folgende Zahlen:

Table with 3 columns: Jahr, Papier-Produktion, Pappen-Produktion. Rows include 1927, 1928, 1929, 1930, 1931.

Auch hier sprechen Steigerungen der Arbeitslosenziffern und der Kurzarbeiter für einen weiteren Rückgang der Produktion im Jahre 1932.

In der Tapetenindustrie war die Beschäftigung im Januar 1932 um 17 Prozent niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die verheerende Wirkung des Lohnabbaues zeigt sich nicht nur im Umsatzrückgang des Einzelhandels, sondern vor allen Dingen auch in einer außerordentlich starken Verminderung des Volkseinkommens.

Der deutsche Außenhandelsumsatz. Nach der Sterndeuter-Theorie der deutschen Arbeitgeberverbände sollte der Lohnabbau fernerhin zu einem Aufschwung des deutschen Außenhandelsumsatzes beitragen.

Nach der Sterndeuter-Theorie der deutschen Arbeitgeberverbände sollte der Lohnabbau fernerhin zu einem Aufschwung des deutschen Außenhandelsumsatzes beitragen.

Der Lohnabbau in der Papiererzeugungsindustrie.

Wir beschränken uns hierbei auf die Feststellung der seit 1929 bis zum 1. April 1932 eingetretenen Lohnabbau-maßnahmen in den wichtigsten Papiererzeugungsländern.

Table with 2 columns: Country, Prozent. Rows include Deutschland, USA, Kanada, Norwegen, Schweden (Papier), Schweden (Zellstoff).

Für Schweden ist die Lohnabbauaktion der Unternehmer noch nicht beendet. Es handelt sich bei den obengenannten Prozentziffern zunächst um ein Lohnbandiktat der Arbeitgeberverbände.

Die Zusammenstellung ergibt, daß in Deutschland der schärfste Lohnabbau durchgeführt wurde. Dabei dürfte der Lohnabbau für Akkord- und Prämienarbeiter mit 30 Prozent seit 1929 eher noch zu niedrig als zu hoch gegriffen sein.

Zur Charakterisierung der Unternehmereinstellung sei noch folgendes hervorgehoben: Für die deutschen Papiererzeugungsindustriellen bedeutet der 20prozentige Lohnabbau - wie wir noch weiter begründend anführen werden - anscheinend noch lange nicht genug.

Weitere Lohnabbauforderungen.

Trotzdem die Lohnabbauforderungen der deutschen Arbeitgeber sich als ein wirtschaftlicher Fehlschlag erwiesen haben, trotzdem statt Wirtschaftserholung eine Verschlechterung der gesamten Wirtschaftslage, zum großen Teil als Folge des Lohnabbaues, eingetreten ist, gehen die deutschen Papiererzeugungsindustriellen darauf aus, die Kaufkraft ihrer Arbeiterschaft noch mehr zu zertrümmern. Das beweisen mit aller Deutlichkeit die neuen Lohnabbauforderungen der Papiererzeugungsindustriellen im Freistaat Sachsen. Diese verlangen:

Table with 3 columns: Lohnabbau in Prozent, Durch Ortsklassenerweiterung, Insgesamt. Values: 12, 12, 12; 3, 3, 3; 15, 15, 15.

Seit Beginn der Lohnabbauperiode bilden die sächsischen Unternehmer die Vorhut der Arbeitgeber. Gelingt der vierte Lohnabbau in Sachsen, dann werden auch die Unternehmer der übrigen Lohnbezirke mit den Tarifkündigungen bald hervortreten.

Weitere Verschlechterungen der Tarifverträge.

Nicht zufrieden mit dem bereits durchgeführten Lohnabbau hat der Arbeitgeberverband gleichzeitig den Gesamtarbeitsvertrag mit Ablauf zum 30. Juni 1932 vor längerer Zeit gekündigt. Die Abbauforderungen der Arbeitgeber sind noch nicht bekanntgeworden. Anscheinend hoffen sie immer noch auf die Errichtung des Dritten Reiches und damit auf die Befreiung jeder tarifvertraglichen Bindung. Die Kündigung des G.A.V. beweist aber, daß die Arbeitgeber mit Verschlechterungsanträgen in den sozialen Bestimmungen des G.A.V. hervortreten werden.

Kündigung von Bezirksmantelverträgen.

Für den Freistaat Sachsen hat der Bezirksarbeitsgeberverband den Bezirksmantelvertrag bereits vor einiger Zeit gekündigt, um Verschlechterungen sowohl in der Ortsklassenpanne als auch in der Ortsklassenfrage selbst durch Verletzung von Betrieben aus höheren in niedere Ortsklassen zur Durchführung zu bringen. Ähnlichen Bestrebungen huldigen anscheinend auch die Bezirksarbeitsgeberverbände in Bayern und in Mittelfrancia, da auch diese die Kündigung der Bezirksmanteltarifverträge mit Ablauf zum 30. Juni ausgesprochen haben. Da bekanntermaßen der Appetit beim Essen kommt, dürften in einem Teil der übrigen Bezirke gleichfalls noch Kündigungen erfolgen.

Das Vorgehen der Arbeitgeber beweist, daß ihnen nicht daran gelegen ist, durch Stärkung der Kaufkraft die Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkte zu heben und damit zu einer Belebung der deutschen Wirtschaft beizutragen, sondern daß ihr Ziel ist, unter Ausnutzung der heutigen Notlage die Arbeiterschaft noch mehr auszubeuten, die Löhne auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützungssätze herabzudrücken, der Arbeiterschaft ihre erworbenen sozialen Rechte wieder zu rauben und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise bis zum Ausbruch anarchistischer Zustände vorwärts zu treiben.

Gewiß ist Selbsthilfe der Arbeiterschaft, also Stärkung der Organisation und Rüstung zur Abwehr, auch in dieser Frage Lebensnotwendigkeit. Dabei darf aber gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß es ohne Erlaß der 4. Notverordnung dem Unternehmertum nicht gelungen wäre, die Löhne und Gehälter in einem derartigen Ausmaße abzubauen. Die Versprechungen der Reichsregierung, daß dieser Lohnabbau keine Schwämmerung des Realeinkommens der Arbeiterschaft zur Folge haben solle, wurden nicht erfüllt. Nicht nur, daß die Preise für die notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel dem staatlich vorgeschriebenen Lohnabbau keineswegs anpaßt wurden, hat die 4. Notverordnung — unserer Auffassung nach gerade durch den Lohnabbau — die Arbeitslosigkeit weiter erhöht, die Kurzarbeit gefördert und dadurch die Lebenslage der Arbeiterschaft ganz wesentlich verschlechtert.

Die Arbeiterschaft in der Papiererzeugungsindustrie kann deswegen erwarten, daß sich die Reichsregierung der weiteren Abbauforderungen der Arbeitgeber entgegenstellt. Geht dieses nicht auf dem Wege der Vernunft, dann mag sie durch eine 5. Notverordnung zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht nur die Pflicht hat, staatlich sanktionierte Verschlechterungen ihrer Lebenslage in Kauf zu nehmen, sondern daß sie auch das Recht hat, von der Regierung Schutz vor weiterer Ausbeutung durch das Unternehmertum zu verlangen.

G. Stähler.

Berichte aus den Zahlstellen.

Greifenberg i. Pom. Betriebsaufnahme der Osen- und Tonwarenfabrik G. m. b. H. Nachdem die Osen- und Tonwarenfabrik ihren Betrieb im Dezember 1931 stillgelegt hatte, wurde der Betrieb nach Ostern wieder eröffnet. Am 4. April nahm die volle Belegschaft die Arbeit wieder auf. Die Lohnverhandlungen zur Festsetzung eines neuen Tarifvertrags sind noch im Gange. Kollektiven und Kollegen, seid auf der Hut, denn man versucht, den Mantelvertrag zu befestigen! Ebenso hat man jetzt K.A.-s neu eingeführt, um Spionagedienste zu treiben und die Gewerkschaft zu zerlegen. Kollegen, wir rufen euch zu: Heran an die Gleichgültigkeit — der großen Krankheit unter der Arbeiterschaft —, zeigt endlich Energie und organisiert euch reiflich im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands! Denn nur so könnt ihr eure Löhne und Wirtschaftslage verbessern. Ohne den Fabrikarbeiterverband häßet ihr ganz bestimmt nicht den jetzigen Lohn. Seht euch die Zementwarenfabrik in Bütz an, wo keine Organisation besteht und demzufolge ein Stundenlohn von 32 Pf. gezahlt wird! Wollt ihr diese Zustände verhindern, dann gibt es nur eins, das ist der rechte Zusammenhalt im Verband der Fabrikarbeiter! A. Wöde.

Wetzlar. Die hiesige Zahlstelle veranstaltete zur Ehrung der Mitglieder, die 25 Jahre dem Verbands angehören, am 2. April eine feierliche Feier. Die Kollegen und Kollegen waren zahlreich erschienen. Der Saal des Gewerkschaftshauses war der Feier entsprechend geschmückt. Rose Feyner leuchtete von der Decke und Hannen Schmitz die Tarife, an denen die 52 Jubilare mit ihren Frauen Platz genommen hatten. In dankenswerter Weise hieß sie die Frauengruppe der SPD, welche einige Lieber lang, sowie die E.A., die einen wichtigen Sprecher zum Vortrag brachte, zur Teilnahme anstellte. Der 2. Vordemwächter, Kollege K. H. L., begrüßte die Teilnehmer und sprach den Jubilaren den Dank der Zahlstelle für die der Organisation erwiesene Treue aus. Nach einem Vortrag „Aufrechter Kampf“, gesprochen von einer jungen Kollegin, ergab der Vorsitz, Kollege Schneider (Erstarrt) das Wort zu seiner Festrede. Er übertrug den Jubilaren im Namen des Hauptverbandes und der Landesleitung Glückwünsche und den

Dank für ihre Treue zur Gewerkschaft und überreichte ihnen eine Ehrenurkunde und das Buch „40 Jahre Kampf“. Redner wandte sich dann an die Jugend, die sich die Treue der Alten als Vorbild nehmen und im Sinne der Jubilare weiter kämpfen solle. Ferner gedachte er der Kollegen, die heute nicht unter uns weilen können, besonders derer, die dem Kriege zum Opfer fielen. Kollege Arno Meißner dankte im Namen der Jubilare und forderte alle Anwesenden auf, der Organisation weiter die Treue zu halten und weiter zu werken für den Fabrikarbeiterverband. In das vom Kollegen Meißner ausgebrachte Hoch auf den Fabrikarbeiterverband und die freien Gewerkschaften stimmten alle Anwesenden begeistert ein. Die Namen unserer Jubilare sind:

- 1. Heinrich Wenzel. 27. Wilhelm Weigel. 2. Christian Wahl. 28. Ernst Venter. 3. Otto Seidel. 29. Louis Riehm. 4. Alfred Kofski. 30. August Moser. 5. Max Reising. 31. Oskar Nelke. 6. Andreas Reising. 32. Hugo Klein. 7. Fritz Mertens. 33. Wilhelm Klein. 8. Arno Meißner. 34. Georg Frenzel. 9. Willi Meißner. 35. Richard Horn. 10. Otto Klein. 36. Ernst Frank. 11. Fridolin Silbebrandt. 37. Karl Waltherr. 12. Otto Hanke. 38. Almor Klein. 13. Moritz Gutschahr. 39. Gustav Schack. 14. Oskar Döll. 40. Friedrich Greif. 15. Max Bonjask. 41. Ernst Marx. 16. Oskar Bach. 42. Hugo Block. 17. Ernst Willing. 43. Paul Ruhwurm. 18. Gustav Augustin. 44. August Reuland. 19. Traugott Kornhaas. 45. Auguste Bach. 20. Albert Meiser. 46. Anna Waumbach. 21. Heinrich Abae. 47. Auguste Florcksch. 22. Artur Stapf. 48. Rosa Brohm. 23. Paul Stecher. 49. Hulda Seyfarth. 24. Fritz Rudloff. 50. Hedwig Könik. 25. Hermann Welter. 51. Emilie Block. 26. Max Semm. 52. Julius Marx.

Genossenschaftsbewegung. Konsumgenossenschaft und Reichshilfe.

In seinen Wahlreden hat der deutsche Reichskanzler hervorgehoben, daß die deutsche Reichsregierung nicht nur die Großbanken, sondern Tausende von Unternehmungen stützen mußte. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat für einige Genossenschaften ebenfalls eine Reichshilfe beantragt. Darob natürlich bei den Mittelständlern großer Radau. Dabei handelt es sich um die Wiedergutmachung eines Unrechts. Die Konsumgenossenschaften werden bekanntlich zu einer erhöhten Umsatzsteuer herangezogen, die die Konkurrenz nicht zu zahlen braucht. Schon aus diesem Grunde ist es recht und billig, wenn der Zentralverband für einige Genossenschaften Reichshilfe beantragt. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum ausgerechnet Großbanken, Mittelständsbanken, landwirtschaftliche Genossenschaften und andere privatkapitalistische Betriebe gestützt werden sollen, während man die Konsumgenossenschaften der Krise schutzlos preisgibt. Das Geschrei der Mittelständler zeigt lediglich, daß sie einseitig Hilfe verlangen und die Konsumgenossenschaften dauernd unter Ausnahmerecht gestellt wissen wollen.

Ausland. Aus dem Sowjetparadies.

Lebensmittelversorgung der Moskauer Arbeiter. (RSD.) Einem Briefe aus Moskau entnehmen wir: „Die Versorgung der Arbeiter hat sich in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert. In den Werkskonsumläden kann man kaum noch etwas bekommen. Den Hauptanteil an der Versorgung der Bevölkerung haben jetzt die Kommerzläden. Ich arbeite in einem der größten Moskauer Betriebe, dessen Fabrikkonsum ein für die besten war; wir wurden von den Arbeitern anderer Betriebe beneidet. Und jetzt? Wir bekommen im Konsum nur noch Brot — 2 Pfund pro Tag — und dreimal im Monat Fleisch, je 200 Gramm. Weder Fische noch Heringe, die im vorigen Jahr noch zu haben waren, bekommt man zu sehen. Außer dem Genantken war und ist im Konsumladen nichts zu haben. Freilich, es gibt noch das Essen aus der Fabrikantenne. Aber dies Essen ist fürchterlich, da werden nur die Lebensmittel anfanglich gemacht. Alle übrigen Lebensmittel, die man für sich und für die Familie braucht, muß man in Kommerzläden kaufen, und da auch dort nicht allzuviel zu holen ist, bleibt nur noch der freie Markt übrig. Auf dem freien Markt sind aber die Preise sehr hoch und steigen immer weiter. Ein 400-Gramm-Weißbrot kostet 1 Rubel, 1 Kilogramm Schwarzbrot 1,50 Rubel, 1 Kilogramm Kartoffeln 1—1,50 Rubel, 1 Kilogramm Fleisch 7—8 Rubel, 1 Kilogramm Butter 30 Rubel, ein Paar Schuhe 90 Rubel, ein Paar Schafstiefel 250 Rubel. In den Kommerzläden sind die Preise etwas niedriger — um 30 v. H. etwa —, aber dafür lassen sich dort „Defizitwaren“ (d. h. Waren, an denen Mangel herrscht) nur schwer beschaffen. Aber auch in den Kommerzläden haben die Preise in den letzten zwei Monaten um 40 bis 100 v. H. angezogen. — Ich bekomme im schweren Akkord als Strohbrigadenarbeiter an die 150 Rubel im Monat, aber für das Geld kann ich mich und meine Familie kaum über Wasser halten. Die Arbeit ist schwer, und dabei muß man häufig hungrig umherlaufen oder sich von Brot und dem Kantinentraub ernähren.“

Rundschau. Grenzwächter Hitler.

In einer Berliner Kundgebung der SPD am 11. April machte Ministerpräsident Dr. Brauns aufsehenerregende Mitteilungen über landesverräterische Absichten der Hitler-Partei. „Die von der preussischen Regierung beschlagnahmten nationalsozialistischen Dokumente beweisen nicht nur die hochverräterischen Absichten der NSDAP, sondern auch ihre landesverräterische Gemeingefährlichkeit. Adolf Hitler muß offenbar von dem Inhalt dieser Schriftstücke Kenntnis haben, denn er ist in seiner Rede in Lauenburg in Pommern am 5. April auf ihn eingegangen, indem er dort folgendes gesagt hat: „Wenn man seiner Partei vorwerfe, daß sie sich einseitig weigert, die deutschen Grenzen zu schützen, so würde er

allerdings sagen, daß er seine Kämpfer nicht für das Opfer opfern wolle. Er werde die Grenzen erst dann schützen, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems befristet wären.“

Damit hat Herr Hitler zugegeben, daß er im Falle eines Angriffs auf die deutschen Grenzen nicht gegen den Feind marschieren, sondern die Gelegenheit zu einer Revolution im Innern benützen werde. So sieht der Mann in Wirklichkeit aus, der Reichspräsident werden wollte. Muß Teufel! — eine Schmach für das deutsche Volk, daß dieser Mann 10 Millionen Deutsche zu beschwägen vermochte.

Außerordentliche Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Berlin.

An Stelle ihrer Jahreshauptversammlung, deren Durchführung in diesem Jahre nicht möglich erscheint, veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin eine außerordentliche Tagung zur Erörterung des Themas: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene“. Das Thema behandelt vom Standpunkt der Arbeitschutzbehörden und der Gewerbeaufsicht Ministerialrat Dr.-Ing. Klebe vom Bayerischen Sozialministerium, vom Arbeitgeberstandpunkt Dr. W. von Bonin von den Siemenswerken, für die Arbeitnehmer G. Haupt von Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover und unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt der Münchner Nationalökonom Geheimrat Professor Dr. von Wiedeneck-Südenhorst. Die Verhandlungen der Tagung sind öffentlich.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Verbandsnachrichten. Die Abrechnung für das I. Quartal 1932 haben eingelangt:

- Gau 1: Fürstberg, Gr.-Rhöden, Gr.-Häuslingen, Soltau, Walsrode, Braunschweig, Minden, Osterode, Peine, Celle, Gifhorn, Münden, Ilzen, Bielefeld, Hannover, Alenburg, Rinteln, Goslar, Hameln, Osnabrück, Vermdold, Fredeken, Gronau, Grönenplan, Obernkirchen, Schildhorst, Stadthagen, Wissehölde. Gau 2: Helsen, Stahfurt, Bitterfeld, Burg, Elfferwerda, Harzgerode, Hettstedt, Preßlin, Bernburg, Dommisch, Goldbeck, Herzberg, Hornburg, Königslutter, Köthen, Mühlberg, Seehausen, Wustrow, Elbingerode, Genthin, Kalbe, Magdeburg, Neuhaldensleben, Torgau, Eilenburg, Halberstadt, Klöße, Roswig, Dessau, Halle, Helmstedt, Loburg, Döherleben, Osterburg, Stendal, Wittenberg. Gau 3: Finow, Kottbus, Landsberg, Wittenberge, Baruth, Deutsch-Krone, Gransee, Klausdorf, Luckenwalde, Oberberg, Töpchin, Vordamm, Züllichau, Brandenburg, Frankfurt, Neuruppin, Müncheberg, Rathenow, Sommerfeld, Zehdenick, Jossen, Eberswalde, Gr.-Befen, Havelberg, Küstrin, Guben, Arnswalde, Mühlentee, Dranienburg, Prignitz, Rüdersdorf, Welken, Rähnitz, Freienwalde, Herzfelde, Neuwedel, Potsdam, Schneidemühl, Schwiebus, Treuenbriegen. Gau 4: Jarmen, Lübz, Schwerin, Döberan, Friedland, Grevesmühlen, Hagenow, Lauenburg, Lützen, Neubrandenburg, Stavenhagen, Warnemünde, Güstrow, Lebbin, Malchin, Plathe, Pyritz, Roskow, Schwaan, Strelitz, Anklam, Dramburg, Greifenhagen, Greifswald, Körlin, Wolgast, Parchim, Uckermark, Goldberg, Steffin, Waren, Barth, Bützow, Grabow, Fürstberg, Wismar, Gollnow, Woldegk, Greifenhagen, Jarnglast, Kammin, Kössin, Lübbchen, Stralsund, Teltzin, Warin. Gau 5: Wörmnitz, Tilsit, Allenstein, Königsberg. Gau 6: Münsferberg, Olsh, Breslau, Ratibor, Hirschberg, Weißwasser, Bunzlau, Liegnitz, Rauscha. Gau 7: Schkeuditz, Schweinitz, Großenhain, Plauen, Radeburg, Zittau, Lauscha, Strehla, Döbeln, Freiberg, Ottendorf-Okrilla, Chemnitz, Heidenau, Riesa, Wurzen, Aue, Leipzig, Waldheim, Annaberg, Markranstädt, Meißen, Radeburg, Zwickau. Gau 8: Bleicherode, Stadtlengsfeld, Lannroda, Wallhausen, Könnitz, Artern, Breitenstein, Grefen, Triptitz, Waltershausen, Alma, Erfurt, Jena, Saalungen, Zeitz, Ellich, Stadtilm, Altenburg, Gräfenhain, Ilmenau, Eisenberg, Fraureuth, Oera, Gotha, Gräfenroda, Jecha, Lützen, Merseburg, Niedersachswerfen, Pößneck, Treffurt. Gau 9: Aschaffenburg, Lohr, Weiden, Windheim, Erlangen, Hof, Karlstadt, Oberkochen, Schweinfurt, Waldassen, Hohenberg, Schirnding, Thiersheim, Wiesau, Selb, Bamberg, Fürth, Mitterteich, Bayreuth, Ebersdorf, Hirschau, Rippenberg, Rehau, Schönwald, Weißenburg, Windsheim, Tirschenreuth. Gau 10: Bruckmühl, Miesbach, Moosburg, Freising, Gmund, Landshut, Augsburg, Fleck, Mainburg, Marienstein, Türkheim, Altdorf, Kempten, München, Rosenheim, Schwenningen, Zwißel. Gau 11: Freudenstadt, Singen, Schwenningen, Dürreheim, Pforzheim, Reutlingen, Stuttgart, Ehlingen, Göppingen, Balingen, St. Georgen. Gau 12: Kaiserslautern, Heidelberg, Ladenburg, Eisenberg, Birkenfeld, Rheingabern, Ludwigshafen, Neustadt, Saarbrücken. Gau 13: Darmstadt, Offenbach, Worms, Hanau. Gau 14: Aachen, Bonn, Bendorf, Kreuznach, Krefeld, Neuwied, Solingen, Elbrang, Gummersbach, Leverkusen, Andernach. Gau 15: Leer, Marne, Eßleth, Flensburg, Friedrichstadt, Glückstadt, Lübeck, Stade, Bremen, Delmenhorst, Wittmund, Lauenburg, Harburg, Brake, Brunsbüttelkoog, Ikehoe, Varel. Gau 16: Bochum, Lünen, Recklinghausen, Dortmund, Düsseldorf, Raurel, Dahlhausen, Dälmen, Essen, Witten, Wuppertal, Bredegar, Duisburg, Emmerich, Herbede, Würgendorf.

Mitgliedsbuch Alexander Hoffmann.

Dem Mitglied Alexander Hoffmann, Zahlstelle Ilmenau, wurde sein Mitgliedsbuch Nr. 948917 in Erfurt in der Herberge gestohlen. Das Buch ist bei Eich abzunehmen und an den Hauptvorstand in Hannover abzuliefern. Der unrechtmäßige Besitzer des Buches ist der Polizei zu übergeben.

Ausgeschlossen. wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Otto Devantier, Mitgl.-Nr. S II 773 281.

Literarisches.

Reichertkampfschrift. Die diesjährige reich angelegte, technisch und künstlerisch hervorragende Reichert-Kampfschrift ist eine Kampfschrift für den Kampf der Eisenen Front. Durch moderne Photomontage zusammengefasste Bilder zeigen, woher die bis in die Wurzel reaktionäre Fakenzenbewegung kommt und welchen Weg sie nehmen will. Alarmierende Bilder von der Eisernen Front und der in ihr marschierenden Hammerfront und Reichsbannerkämpfern zeigen die Begründung, die der Aufruf der Partei zum Kampf gegen die Fakenzenbewegung und die anderen reaktionären Zersplitterungen auslöste. Preis 20 Pf. Zu beziehen durch den Dieß-Verlag und alle Volksbuchhandlungen. „Wißt ihr das noch?“ Was mit der demokratischen Republik erreicht wurde. Eine kurze vergleichende Übersicht von, Wilhelm Reil, M. d. R. Dieß-Verlag, Berlin SW 68. Preis 15 Pf. „Wer hat uns verraten?“ Eine Abrechnung mit Nazis und Kommunisten von Eugen Prager, 10 Pf. Dieß-Verlag, Berlin SW 68. Zwei wirkungsvolle Agitations- und Aufklärungschriften. Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Hamburg. Im Selbstverlag des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Hamburg 36, Or.-Hafenstraße 44. Das Jahrbuch ist jedem nach Freigabe freizubehalten und besonders jedem Funktionär zu empfehlen.

Chemische Industrie

Das Bedaur-System rumort immer noch.

Im „Proletarier“ Nr. 43 vom 24. Oktober 1931 erwähnten wir, daß selbst die „Deutsche Bergwerkszeitung“ zur Ablehnung des Bedaur-Systems gekommen ist. In den „Technischen Blättern“ dieser Zeitung war ein Aufsatz enthalten, in dem erwähnt wurde, daß in der Kunstseideindustrie Versuche mit dem Bedaur-System unternommen wurden. Ob die Versuche Erfolg gehabt haben und ob der Aufwand für das Bedaur-System der Mühe lohnt, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Zweifellos dürften sich für das Personal bei der Durchführung derartiger Arbeitsmethoden Nachteile ergeben. So die Ansicht des Artikelschreibers.

In einer späteren Nummer der Technischen Blätter der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wurden die Angaben widerrufen bzw. abgeschwächt. Der entscheidende Satz in diesem Aufsatz lautete folgendermaßen:

„Von zutüchtiger Seite haben wir inzwischen erfahren, daß das Bedaur-System in einer Anzahl von Kunstseidebetrieben mit Erfolg und zur Zufriedenheit des einzelnen Arbeiters eingeführt worden ist. Dem Verfasser waren diese Ergebnisse zur Zeit der Niederschrift seines Aufsatzes unbekannt, weshalb die in dem fraglichen Artikel enthaltenen Schlussfolgerungen entfallen.“

Auf diese Mitteilung haben wir nicht reagiert. Es war deutlich zu erkennen, daß der Artikelschreiber von interessierter Stelle beeinflusst war und daß er seine ersten Angaben widerrufen mußte. Die zitierten Angaben enthalten aber direkte Unwahrheiten. Die Zufriedenheit der einzelnen Arbeiter, die mit dem Bedaur-System beglückt waren, dokumentierte sich dadurch, daß der Verband wiederholt wegen Beseitigung des Bedaur-Systems auf Veranlassung der Arbeiter mit den Firmen verhandeln mußte und daß in zwei Fällen die Arbeiter zur Abwehr des Systems in den Streik trafen.

Kunmehr liegen uns die Mitteilungen des Instituts für Betriebsorganisation der Samt- und Seideindustrie Krefeld vor, in denen zwei Aufsätze über das Bedaur-System enthalten sind. Der erste Aufsatz stammt entweder von der Bedaur-Gesellschaft oder von der Bedaur-Abteilung einer Kunstseidefabrik. Er enthält alle die von uns wiederholt festgestellten Unrichtigkeiten über das Bedaur-System und singt ein hohes Lied über die Erfolge, die die Bedaur-Gesellschaft angeblich gemacht hat. Ihm folgt ein Aufsatz von Dr. Kronenberger (Krefeld), der das Bedaur-System einer sachlichen Kritik unterzieht und zu dem Ergebnis kommt, daß die mit dem Bedaur-System erreichten Erfolge auch mit allen anderen arbeitswissenschaftlichen Systemen erreicht werden können. Er spricht aus, daß die angeblich großen Erfolge des Bedaur-Systems in den einzelnen Betrieben dadurch erreicht werden konnten, daß die Betriebsorganisation dort vor Einführung des Bedaur-Systems nicht auf der Höhe war. Ähnliche Ansichten haben wir bereits einigen Firmenvertretern gegenüber geäußert, wobei wir bemerken mußten, daß es ein eigenartiges Licht auf die deutschen Wirtschaftsführer wirft, wenn sie ihre Betriebsorganisation von einer ausländischen Gesellschaft in Ordnung bringen lassen müssen. Dr. Kronenberger kommt dann zu dem Schluß, daß er im Bedaur-System eine Parallele zur Maschinisierungswelle der letzten Jahre erblickt, weil es den Faktor Mensch in seiner Individualität ausschaltet und die Auswirkungen der menschlichen Leistungsfähigkeit durch eine seines Erachtens viel zu weitgehende Normbildung und Pensumbestimmung mechanisiert. Ob es sich der Produktionsfaktor Mensch, insbesondere aber der deutsche Arbeiter mit seiner verhältnismäßig stark entwickelten Individualität, auf die Dauer gefallen läßt, bei seiner Arbeitsleistung in weitestgehendem Maße festgelegt zu werden, ist eine Frage, die erst die zukünftige Entwicklung endgültig entscheiden wird. Ob sie weiter auf die Dauer gesehen auch vorteilhaft und für die Leistungen der Unternehmungen, besonders in ihrer gesamten Struktur und ihrer Stellung am Markt, sich so günstig auswirken wird, wie das die Anhänger des Systems heute noch erwarten, ist fraglich zu bezweifeln.

Wir wollen diesem Urteil nichts weiter hinzufügen.

In dieser Situation wird uns bekannt, daß in der Spinnerei der Glanzstoff-Fabrik Courtauld in Köln, wo bisher trotz Bedaur-System die früheren Verdienste garantiert waren, die Entlohnungsmethode des Bedaur-Systems wirksam werden soll, aber die Methoden zur Schaffung, die ein grundlegender Bestandteil des Bedaur-Systems sind, in Wegfall kommen sollen. Dadurch verlieren die Arbeiter 15 bis 17 Pf. Arbeitslohn je Stunde. In diesem Fall ist einwandfrei nachgewiesen, daß die Behauptungen der Bedaur-Gesellschaft falsch sind, nämlich, daß Lohnänderungen beim Bedaur-System nicht möglich sind, wenn nicht zugleich technische Verbesserungen im Betrieb vorgenommen werden. Letzteres trifft in diesem Falle nicht zu.

Aber auch aus der „Continental“ in Hannover ist uns die Mitteilung zugegangen, daß in einer Abteilung sämtliche B-Werte umgestellt werden. Selbstverständlich nach unten, zum Schaden der Arbeiter. Es erübrigt sich fast, auf diese Dinge einzugehen, denn wir haben hundertfältig nachgewiesen, daß die nach Angabe der Bedaur-Gesellschaft unumstößlich feststehenden B-Werte nach Willkür geändert worden sind.

G. Haupt.

Nahrungsmittel-Industrie

Zum Jahresbericht der Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken 1930/31.

Der Konzern Halle-Rositz-Holland (Mitteldeutsche Vereinigung) hat seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1930/31 veröffentlicht. Einleitend wird in dem Bericht zur allgemeinen Wirtschaftslage Stellung genommen. Es heißt darin, daß Deutschland seit drei Jahren unter einer starken Krise leide,

die alle Vorgänger stark übertreffe. Der Zusammenbruch der Welt- und Kreditmärkte usw., verbunden mit Störungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen, haben bislang alle Aufschwüngen zum Stillstand gebracht. Die Wurzel zu dieser Entwicklung liegt in den politischen Schuldverpflichtungen Deutschlands. Es werde eines umfassenden Aktes der Solidarität aller beteiligten Länder bedürfen, um aus dieser Weltwirtschaftskrise herauszukommen. Im großen und ganzen kann man dieser Betrachtung zustimmen. Übergehend auf die Zuckerwirtschaft heißt es dann weiter:

„Das im Jahre 1929 in Angriff genommene Werk der Neuordnung der Zuckerwirtschaft durch Kontingentierung der Zuckererzeugung und des Zuckerauslasses und durch Zusammenschluß der gesamten deutschen Zuckerindustrie in der „Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuckerindustrie“ konnte abgeschlossen und durch Rechtsverordnung der Reichsregierung in Kraft gesetzt werden.“

Hier sind die Dinge nicht ganz richtig dargestellt. Richtig ist, daß sich die Zuckerindustrie bemüht hat, eine freiwillige Kontingentierung durchzuführen. Das ist ihr aber nicht gelungen. Die Reichsregierung mußte eingreifen, und erst durch eine besondere Verordnung der Reichsregierung wurden die Vorbedingungen zu dem zwangsweisen Zusammenschluß der Zuckerindustrie geschaffen. Warum die Konzernleitung versucht, die Dinge anders darzustellen, ist uns nicht erklärlich. Über die Vorteile, die der Zusammenschluß der deutschen Zuckerindustrie gebracht hat, besagt der Konzernbericht nichts.

Es wird dann zu der Lage auf dem Weltzuckermarkt Stellung genommen und wörtlich folgendes ausgeführt:

„Auch an den Bemühungen zur Behebung der Krise, von der der Weltzuckermarkt lange vor Eintritt der Weltwirtschaftskrise infolge des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage betroffen wurde, hat die deutsche Zuckerindustrie erfolgreich mitgearbeitet. Es ist ihr in den schwierigen internationalen Verhandlungen der Hauptzuckerexportstaaten der Welt um die Wende 1930/31 gelungen, ihre Lebensnotwendigkeiten mit den Bedingungen für die Stabilisierung des Weltzuckermarktes in Einklang zu bringen. Trotz dem Erfolge dieser Selbsthilfemaßnahmen der deutschen und internationalen Zuckerwirtschaft sind neue, nicht geringere Schwierigkeiten mit dem Zusammenbruch der Welt- und Kreditmärkte der Welt in den Vordergrund getreten. Die deutsche Zuckerwirtschaft sah sich gegen Ende des Berichtsjahres in ihren seit der Inflationszeit aufgebauten Methoden der Finanzierung und Kreditierung der Rüben- und Zuckerkampagne ernstlich bedroht. Bis zum Abschluß dieses Berichtes ist es gelungen, im wesentlichen ohne die Kredithilfe des Auslandes auszukommen und die Durchführung der Kampagne aus inländischen Kreditquellen sicherzustellen.“

Aber das finanzielle Ergebnis bzw. über Abschlüsse der einzelnen Betriebe bringt der Jahresbericht keine näheren Angaben. Die Geschäfts- und Jahresberichte veröffentlichen die einzelnen Betriebe für sich. Man erhält also aus dem Bericht keine geschlossene Übersicht, wie der Konzern finanziell gearbeitet hat. Weitgehende Angaben enthält der Bericht indessen über die Rübenverarbeitung, Zuckererzeugung der angeschlossenen Fabriken usw. Stellen wir einige Jahre seit Gründung des Konzerns gegenüber, dann erhalten wir folgendes Bild:

Betriebsjahr	Rohzuckerfabriken	Rübenverarbeitung in Zentner	Rohzuckererzeugung in Zentner
1923/24	50	22 184 255	3 433 410
1926/27	48	32 231 918	4 958 197
1927/28	48	29 823 280	4 681 913
1929/30	46	29 249 527	4 783 164
1930/31	44	38 402 566	6 502 616
1931/32	40	?	?

Die kleine Zusammenstellung zeigt, daß die Zahl der rübenverarbeitenden Zuckerrabriken, die zum Konzern gehören, dauernd zurückgegangen ist. Mit 50 Betrieben setzte der Konzern ein, und im Jahre 1930/31 haben nur noch 44 Betriebe gearbeitet. In der kommenden Kampagne werden nur noch 40 Betriebe arbeiten. Der Konzern wäre also dann um 10 Betriebe zurückgegangen. Daß damit auch die wirtschaftliche Macht des Konzerns zurückgegangen ist, trifft nicht zu. Für die wirtschaftliche Machtstellung sind ausschlaggebend Rübenverarbeitung und Zuckererzeugung. Diese haben sich aber im umgekehrten Verhältnis entwickelt. Wurden in den 50 Konzernbetrieben 1923/24 nur rund 22,2 Millionen Zentner Rüben verarbeitet, so betrug die Rübenverarbeitung im Jahre 1926/27 in 48 Betrieben über 32 Millionen Zentner; also bereits in dieser Zeit ein Rückgang von zwei Betrieben und eine Steigerung der Rübenverarbeitung um 10 Millionen Zentner. Dann erfolgt bei der Rübenverarbeitung ein Rückgang. Das Jahr 1930/31 aber bringt wieder einen gewaltigen Aufschwung. Die Betriebszahl ist inzwischen um sechs gesunken, die Rübenverarbeitung aber ist über 16 Millionen Zentner höher als 1923/24. Die zu diesem Konzern gehörenden Betriebe haben also sehr stark durch ihre ungeheure Steigerung der Zuckererzeugung zur Überfüllung des Zuckermarktes beigetragen. Ähnlich wie die Rübenverarbeitung gestiegen ist, ist auch die Zuckererzeugung gestiegen.

Die gesamte Zuckererzeugung betrug im Jahre 1930/31 25,4 Millionen Doppelzentner. Der Konzern hat etwa 3,3 Millionen Doppelzentner Zucker erzeugt, das sind rund 13 Prozent der gesamten deutschen Zuckererzeugung. Sehen wir uns die Zuckererzeugung des Konzerns in ihrer prozentualen Steigerung an, dann ergibt sich folgendes: Die gesamte Zuckererzeugung in Deutschland stieg im Jahre 1930/31 um rund 28 Prozent gegenüber dem Jahre 1929/30, die Konzernzuckererzeugung der Mitteldeutschen Vereinigung aber stieg auch in diesem Jahre um 36 Prozent. Wir können also feststellen, daß die Konzernbetriebe auch im Jahre 1930/31 noch sehr stark zur Überfüllung des Zuckermarktes beigetragen haben.

Wenn also die Konzernleitung im Bericht einleitend über die starke Überfüllung auf dem Zuckermarkt klagt, dann haben gerade die Konzernbetriebe sehr stark zu dieser Überfüllung beigetragen. Von der verarbeiteten Rübenmenge von 38,4 Millionen Zentner sind rund 700 000 Zentner auf denaturierten Zucker verarbeitet. Neben diesen 38,4 Millionen Zentner wurden in den Konzernbetrieben noch über 1,2 Millionen Zentner Rüben auf Trockengut umgearbeitet.

Insgesamt gibt der Bericht eine Reihe interessanter Zahlen aus der Zuckerwirtschaft innerhalb des Konzerns. Nur auf

eins geht man auffälligerweise nicht ein, das ist der Rückgang des Zuckerverbrauchs. Vielleicht lesen wir hierüber etwas im Bericht des folgenden Jahres. Über das laufende Jahr enthält der Bericht sehr wenig Angaben. Aus unserer Aufstellung ist ersichtlich, daß die Zahl der Konzern-Rohzuckerfabriken wieder um vier abgenommen hat. Es haben also in der letzten Kampagne nur 40 Rohzuckerfabriken im Konzern gearbeitet. Der Rübenanbau für 1931/32 ist gegenüber 1930/31 nach Angaben des Berichts um 17 Prozent zurückgegangen. Demnach haben die Konzernbetriebe auch für das laufende Jahr einen wesentlich höheren Prozentsatz Rüben angebaut als die freien Betriebe oder die Betriebe, die zu anderen Konzernen gehören.

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Heimarbeiterlöhne 1931.

Die Heimarbeitergruppen in der Spielwarenindustrie hatten 1931 unter tariflosen Zuständen zu leiden, weil die Spruchpraxis der Fachauschüsse in Südhüringen und Oberfranken von der thüringischen Staatsregierung nicht genügend gestützt wurde. Im Laufe des Jahres 1931 wurden für die Branchen Drücker-, Stimmen-, Raschen- und Segelschiffmacher neue Tarife vom Fachauschuß Sonneberg festgesetzt. Die Allgemeinverbindlichkeit wurde nicht erreicht, weil die Vertreter der Gewerbetreibenden in den Fachauschüssen gegen die Beschlüsse stimmten. Die mit einer Mehrheit gefaßten Beschlüsse fanden von der thüringischen Regierung keine Zustimmung. In der Tarifdurchführung herrschte deshalb 1931 eine Unsicherheit, die sich zu ganz gewaltigem Lohndruck steigerte und auch zu Lohnunterbietungen führte.

Über den Neuabschluß eines Tarifvertrages über die Entgelte für die Masken-Heimarbeiter schwebten am Ende des Jahres 1931 noch Verhandlungen. Eine Tarifierweiterung des Heimarbeiterlohntarifes für die Karneval- und Festartikelindustrie wurde durch den Gesamtfachauschuß in seiner Sitzung am 4. Juli 1931 in Nürnberg erreicht. Die Erweiterung sieht vor: die Regelung der Arbeitsgänge für Papierschirmchen, Redewebel, Feststäbe, Drahtstäbe aus Kartonformen, Drachen, Orden, Girlanden, Mützen und Hülsen.

Die Durchführung des Heimarbeiterlohntarifes für die Karneval- und Festartikelindustrie unterstand der Beschlussfassung der kleinen Kommission des Gesamtfachauschusses. In einer Reihe von Fällen wurden Arbeitgeber, die den Tarifvertrag nicht erfüllten, durch Beschluß zur Nachzahlung veranlaßt.

Der Heimarbeiterlohn für die sächsische Kunstblumenindustrie wurde durch Beschlüsse des Fachauschusses 1931 teilweise ergänzt. Im Dezember wurden die Stundenlöhne, die für 1931 40, 32 und 25 Pf. betragen, auf 34, 28 und 22 Pf. heruntergesetzt, ebenfalls erfuhren die Pfenningpositionen des Heimarbeiterlohntarifes eine Senkung von 12,5 Prozent. Die Entlohnung der Heimarbeiter außerhalb Sachsens lehnt sich an den Heimarbeiterlohn für die sächsische Kunstblumenindustrie an, zuweilen auch an Betriebsarbeitsentgelte. Zur Durchführung des Tarifes hat der Fachauschuß eine Reihe Bußverfahren nach den Gesichtspunkten des § 37 HGB. durchgeführt. Es wurden in einigen Fällen Bußen auferlegt.

Der am 15. Dezember 1930 errichtete Fachauschuß für die Vorkleiderindustrie im Gewerbeaufsichtsbezirk Ologau hat in seiner Sitzung am 18. August 1931 für die Kreise Ologau, Stadt und Land, Grünberg, Stadt und Land, Freystadt, Sagan und Sprottau einen Tarifvertrag über die Entgelte für die Heimarbeiter in der Vorkleiderindustrie festgesetzt. Die Entgeltregelung erstreckt sich auf das Auslesen von Vorkleiden. Es wurden Entgelte zwischen 100 und 50 Pf. für das Auslesen je Kilo festgesetzt. Tarifunterbietungen sind bis zum Ende des Berichtsjahres nicht festgestellt worden.

In der Christbaumschmuck-, Perlen- und Glasaugenindustrie waren die Heimarbeiter 1931 unter tariflosem Zustand tätig. Durch die willkürliche Entlohnung sind die Stundenlöhne teilweise bis auf 7 und 8 Pf. je Stunde gesunken. Der Fachauschuß für die Thüringer Glasindustrie, der wegen Tarifhilfe angerufen worden war, hatte bis zum Jahreschluß noch keinen bindenden Beschluß zu verzeichnen. Die Unternehmer sind gegen jede tarifliche Bindung. Sie saßen die Not der Heimarbeiter maßlos aus.

In der Ampullen- und Steckampullenbranche sieht der bestehende Tarif über die Entgelte einen Stundenlohn von 60 Pf. vor. Der Tarif wird aber nicht von allen Unternehmern erfüllt. Es wird Lohndruck geübt, der in einigen Fällen bis zu 40 Prozent festgesetzt worden ist.

Auf Antrag des Verbandes Deutscher Glasinstrumentenfabrikanten, e. V., Sitz Ilmenau i. Thür., und unserer Organisation, Gau Thüringen, hat der Reichsarbeitsminister unter dem 19. November 1931 die Errichtung eines Fachauschusses für die Glasindustrie Thüringens mit dem Sitz in Ilmenau i. Thür. verordnet. Auch von diesem Fachauschuß soll die Heimarbeit für die Herstellung von Thermometern und Aerometern einschließlich der Fieberthermometer, von chemischen und physikalischen Glasgeräten, von Glühlampen und medizinischen Glasartikeln einschließlich der Ganzglaspritzen tarifiert werden. Am Ende des Jahres 1931 hatte sich der Fachauschuß noch nicht konstituiert.

S. Klein.

Literarisches.

„Berechnungstafel für Anwartschaftszeiten“ — herausg. für Schöffe und Reichsgericht. Verlagsgesellschaft Carl Neubach, Freiburg i. S. Mit Hilfe dieser Tafel ist es jedem ohne weiteres möglich, die Berechnung der Anwartschaftszeit (§ 45 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) vorzunehmen. Der Preis der in drei Farben gedruckten und auf weissen Karton hergestellten Tabelle — mit der Umrechnungstafel für Kolonnenwerte auf Wochen — beträgt nur 50 Pf. je Stück; bei Abnahme von 20 Tabellen tritt eine Ermäßigung auf 30 Pf. je Stück ein.

„Was ist mit der Sozialversicherung?“ — Friedrich Scholz. Verlag Sozialer Gemeinwohl, Düsseldorf, Postfach 174. Preis 60 Pf. Eine kurze, aber klare Darstellung des umfangreichen Gebietes der Sozialversicherung.

Anilin

16. Fortsetzung.

Eines Morgens, kurz nach dem Beginn der Tagsschicht, wurde die Fabrik in Aufregung versetzt. In einem der Betriebe, in dem verschiedene Produkte bei hoher Temperatur miteinander verschmolzen wurden, war ein solcher Druckkessel explodiert. Ein großer Teil der siedendheißen Schmelzmasse war mit herausgeschleudert worden. Der Mann, der am Kessel stand und die Temperatur regulierte, war das „Karlehen“, der früher in der Füllerei den Laufhub markierte. Er war mit den Jahren hochaufgeschossen, blieb dabei aber schmal und engbrüstig, weshalb er bei seinen Kollegen immer noch Karlehen genannt wurde. Er konnte mit zwanzig Jahren kaum ein Faß mit Farbe bewältigen. Aus diesem Grunde war Scherking dauernd hinter ihm her und schimpfte bei jeder Gelegenheit. „Karlehen, du hast kein Schmalz in den Knochen, du mußt besser essen, nicht so viele Zigaretten rauchen!“

Bei dem Karlehen übernahm nicht. Und wo sollte er ein besseres Essen hernehmen bei seinem geringen Lohn, wo er doch seine Mutter ernähren und seine jüngeren Geschwister mit hochfüttern mußte. Scherking schickte ihn deshalb später auf den Hof, und von dort kam er in die Schwefelbetriebe an den Schmelzkegel.

Er wollte gerade nach der Temperatur am Thermometer sehen, da fiel mit einem Knall der Deckel hoch, und die ganze überhitzte Schmelzmasse ergoß sich zischend über Karlehens Körper. Peter Gopler kam gerade über den Verladehof, als sie ihn vorübertragen. Karlehen lag verbrannt und angekohlt auf der Bahre. Kein Lebenszeichen gab er mehr von sich. Die glühheiße Schmelzmasse hatte seine Kleider versengt und das Fleisch bis auf die Knochen durchgebrannt. Gopler warf einen flüchtigen Blick auf den leblosen Körper. Er konnte durch den offeneren Brustkorb sehen. Die Schmelzmasse war auf dem Körper klebrig erstarrt.

Peter erschauerte, rannte die Treppe hinauf in den Packraum und rief außer sich vor Erregung: „Das Karlehen ist verunglückt, eben tragen sie ihn unten vorbei!“ Die Unglückskunde verbreitete sich rasch in der ganzen Fabrik und verursachte Bestürzung und Aufregung zugleich. Mittags in der Menageküche wurde laut und lebhaft debattiert.

„Das sei kein Wunder, jeden Tag würde mehr von den Leuten verlangt — würden die Arbeiter zu schnellerer Arbeit angegriffen. Das könne man bald nicht mehr aushalten, und dann wundert man sich, wenn etwas passiert.“

Selbst der alte Schorsch wurde böse. „Da kümmert sich kein Teufel um uns Arbeiter, keine Regierung, keine Polizei, und keiner ist da, der hier mal nach dem Rechten sieht“, schimpfte er, während ihm die langen Gemüsenudeln von seinem goldgelb gefärbten Suppenteller hingen.

Auch Sebastian Renkel wartete mittags nach dem Essen auf Peter. „Hatte es schon gehört, Peter, mit dem Karlehen? So muß es kommen. Ich hab mich schon immer gewundert, daß nicht mehr passiert ist“, sagte er lachend. „In ein bißchen langsam — die verdammte schwefelige Säure und der Ammoniak! Es ist aber auch niemand da, der uns armen Schlußkern hilft, niemand ist da — keiner.“

„Ja, wer soll uns denn helfen, Bastian?“ antwortete Peter. „Vielleicht der Fabrikdirektor? Der hüft sich zuerst selbst. Und wir müssen es genau so machen. Selbst müssen wir uns helfen — Bastian, hüft!“

„Ja, wie sollen wir denn das machen, Peter?“ entgegnete Bastian wieder lachend.

„Unsere Forderungen müssen wir aufstellen, der Direktion sagen, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß, daß mehr und bessere Schutzvorrichtungen angebracht werden, daß wir mehr Lohn erhalten müssen, um besser essen zu können, damit wir unsere Straß in den Säumen behalten.“ Peter drückte sich abfällig zu ans, weil er wußte, daß man da mit Programmen und schönen Reden nichts anrichtet.

„Und wie willst du das alles durchsetzen?“ fragte Bastian ernst.

Peter wußte lachen. „O Bastian! Gell, das sagt man dir beim Scherpenblaten am Stammtisch nicht! Ich habe dir ja schon gesagt, selbst müssen wir das in die Hand nehmen. Wir müssen uns organisieren, zusammenstehen, Solidarität üben.“ „Du meinst — du glaubst, wenn alle zum Verband gingen, könnte das alles —?“ Bastian stockte, wußte nicht, wie er sich aus der Situation herausfinden sollte.

„Jawohl, Bastian! Der Verband, nur der Verband, das heißt, wenn wir alle hinter ihm stehen, würde, könnte das ändern“, sagte darauf Peter laut, beinahe militärisch.

„Peter, du darfst es mir glauben, wenn wenn...“ Bastian hüftete wieder verzogen, „wenn alle, die anderen, zum Verband gingen, ich wäre der letzte, der nicht dazu ginge!“

Am Fabrikatore stiegen sie auf einen Trupp Kollegen. Mitten unter ihnen stand Stephan Parzell. Er räsonierte und sprach: „Ihr Hindler, ihr Simmel! Ihr seid mit Schuld, daß so etwas passieren kann. Geht in den Verband, organisiert euch, zeigt den Herren die Faust, dann wird es bald anders! Mamelucken seid ihr — keiner hat Courage! Mehr Lohn — ja, das wollt ihr alle! Aber ihr habt Angst vor den Großen. Einen Knüttel sollte man nehmen!“ Stephan hüftete, wie immer, wenn er zornig erregt war, die Fäuste.

Peter ging auf ihn zu, schloß ihn zu beruhigen. „Vielleicht sehen sie es jetzt bald ein, Stephan. Nach keine Umstände, dadurch wird das Karlehen nicht mehr lebendig.“

Peter hatte recht. Das Karlehen lag schon fest und erstarrt auf der Leichenbahre. Was hatte er nun von seinem Leben? Mit kaum fünfzehn Jahren kam er in den Züllmann, kranklich, schlecht ernährt, schwachbrüstig, ängstlich. Er war einer von den vielen Privatierjüngern, die von der Schule direkt in die Fabrik geschickt werden. Sein schwächlicher Körper konnte den Fabrikhans und die giftig-schwärzende Luft nicht vertragen. Seine junge Seele wurde unter der großen Behandlung Scherking und seiner Arbeitskollegen eingeschüchtert. Er verkehrte mit Körper und Geist, blieb ein Schwächling und hatte nichts von seinem jungen Leben als kümmerlichen Lohn und schmutzige Fabrikarbeit.

Was hatte seine Mutter von ihm? Hatte sie ihn nur deshalb unter Scherking gegeben, daß er in seinen jungen Jahren ein paar ansehnliche Holzstücke für den hargen Unterhalt eines väterlos gewordenen Haushalts mitverdiente, die er dann mit seinem Leben zurückzahlen mußte? Und wer trug die Schuld, daß er so früh sterben mußte? Die Fabrik, das System, der Betriebsführer?

Diese letzten Fragen wurden von der ganzen Belegschaft besprochen. Schnell genug gehen kann es; alles soll bald fertig sein; es ist ein Aufstand, man solle sich zwei Hände waschen, damit man ein Messer heftet und Bastien bedienen könnte“, erzählte Bastian und schmunzelte verärgert eine schätze Prise Schmalz.

„Recht, Bastian“, stimmte ihm der alte Schorsch bei. „Ich sehe ja, wie es bei uns ist; nichts wie drauf und drauf geht es. Da muß ja etwas passieren.“

„Ja, und wenn was passiert ist, dann ist man schon selbst schuld, heißt's dann“, brummte der Kopfhaarschnepper. „Hente war die Suppen wieder so dünn, daß ich mer den ganzen Montag verhungert habe.“

Die drei traten jeden Mittag neben der Dampfheizung, bis das Signal zur Arbeit ertönte. Bastian und der alte Schorsch wuschen ihr Mittagsgesichtchen, während ihr Kollege Seppel seinen Suppenteller leerliß. Heute schliefen sie nicht, und dem Seppel schmeckte seine Suppe nicht.

„Schuld — Gott bewahrt! Da is doch keiner schuld, wenn was passiert is“, fuhr Bastian auf, nach einem erneuten Griff in des

Roman von Fritz Molinar

alten Schorsch Schnupstabakdose. „Das Karlehen ist tot, der sagt nichts mehr, und die anderen stellen sich dumm.“ „Am Ende heißt es noch, der war selbst schuld. Männer, es brummt“, entgegnete der alte Schorsch und erhob sich, um an seine Arbeit in die Leufelsmühle zu kommen.

Er hatte mit seiner Meinung nicht unrecht. Nach dem Unfall kam sofort der verantwortliche Ingenieur mit dem technischen Direktor und ließ sich vom Betriebsführer Bericht erstatten. „Der Unfall war richtig gemacht, das Material einwandfrei. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß da irgendeine unbekannte chemische Reaktion entstand, Herr Direktor.“

„Glaube ich auch nicht“, erwiderte dieser. „War die Entlastung frei? Konnten die Gase gut abgehen? Hatte der Kessel vielleicht einen Materialfehler?“ wandte er sich an den Ingenieur.

„Alles vorher nachgesehen, Herr Direktor. Es wurde nicht das geringste bemerkt“, entschuldigte sich der.

Kopfschüttelnd gingen die Herren wieder fort. Am nächsten Tage kam der Gewerbeaufsichtsbeamte. Dieser stellte dann allerdings Fragen, die nicht beantwortet werden konnten. Er schien ja rechtlich bemüht, die Schuldfrage klären zu wollen, allein er konnte ja nichts mehr sehen. Die Unfallstelle war bereits so aufgeräumt, daß fast nichts mehr zu erkennen war. Zuletzt erkundigte er sich, ob der Verunglückte viel geraucht oder getrunken habe, ob er fleißig und tüchtig gewesen sei.

Da kam dem Direktor ein Gedanke, der die Ursache und das Schuldmaß beinahe aufklärte.

„Wir haben ebenfalls schon alles mögliche geprüft, Herr Inspektor“, bemerkte er verbindlich auf die Frage des Beamten, „und konnten mit dem besten Willen nichts feststellen. Ich darf aber vielleicht darauf aufmerksam machen, heute ist Montag. Sonntags geben sich viele Arbeiter dem Alkoholgenuss hin; wäre es da nicht denkbar, daß der Verunglückte... vielleicht ließ er die Temperatur über das vorgesehene Maß hinaus steigen... ich will damit ja nichts sagen, Herr Inspektor; aber die Möglichkeit wäre doch nicht ganz von der Hand zu weisen...!“

„Diese Möglichkeiten... ja, ich glaube auch, Herr Direktor“, beeilte sich der Beamte zu erwidern und machte eine tiefe Verbeugung vor dem Scharfsinn des Direktors.

„Für eine solche Möglichkeit könnte die Firma allerdings nicht haftbar gemacht werden“, erklärte jetzt schnell auch der Ingenieur.

„Aber sicher, keinesfalls“, bekräftigte der Beamte. „Nur der Betriebsführer zweifelte noch. „Ja, wenn man das wüßte.“ Er schien mehr von anderen Unglücksmomenten überzeugt zu sein.“

Damit war die Untersuchung zu Ende. Der Direktor drückte dem Beamten beim Abschied jwieder die Hand, was derselbe mit einem respektvollen Nicken erwiderte.

Sein Bericht an die vorgeordnete Behörde lautete ungefähr: „Trotz eingehender Untersuchung konnte die Ursache des Unglücksfalls nicht festgestellt werden. Die Schuld scheint weder an einem Materialfehler, noch an der Betriebsführung zu liegen. Vielmehr sei die Annahme berechtigt, daß das Verhalten des Verunglückten nicht den Vorschriften der Betriebsführung entsprochen habe.“

Mit Genugtuung drückte die bürgerliche Presse den amtlichen Bericht ab und glossierte dabei die Schreibweise der „roten“ Zeitung, weil diese einen Bericht gebracht hatte, in dem die Untertreibung und die mangelhaften Schutzvorrichtungen als Ursache des Unglücks bezeichnet wurden. Das sei unverantwortliche Heze und verdienende niedriger Gehalt zu werden.

Die Werksleitung zahlte der armen Mutter eine kleine Entschädigung. Damit war der Fall für sie erledigt. Auch bei der Belegschaft wurde es wieder still. Die Produktion ging in flottem Tempo weiter. Nicht eine Sekunde lang konnte eines Menschen tragischer Tod sie anhalten.

Wo käme eine Fabrik denn auch hin, wenn sie eines unglücklichen Zufalls wegen die Produktion leiden ließe. Eine Fabrik ist ja nicht dazu da, den bei ihr Beschäftigten das Leben zu erleichtern. Sie ist auch nicht dazu da, um Rücksicht auf die Gesundheit ihrer Arbeiter zu nehmen. Nein! Sie ist überhaupt nicht für die Arbeiter da, sondern diese sind für die Fabrik da, haben sich ganz mit ihrer Arbeitskraft für sie einzusetzen, ihre Produktionsmittel, Bänke, Maschinen, Werkzeuge und Gebäude möglichst gut zu erhalten und vor Verfall zu schützen. Sonst hat die Fabrik mit den Arbeitern nichts gemein, ist ihnen zu nichts verpflichtet. Was hat sie mit dem Unglücksfall zu tun, der den Tod eines Menschen verursachte? Soweit es den toten Menschen betrifft, rein gar nicht! Die Hinterbliebenen erhielten ein paar Silberlinge als Entschädigung. Damit hatte die Fabrik ihnen das Leben des Toten abgekauft. Leuter ist das niemals. Im Gegenteil. Ein Arbeiterleben wurde von Jahr zu Jahr billiger, und es war so leicht, so spielend leicht zu ersetzen.

Aber der geborstene Kessel, der stand der Fabrik bestimmt näher. Der mußte wieder repariert, vielleicht auch durch einen neuen ersetzt werden. Das kostete ein gutes Stück Geld. An dieser Stelle setzte die Produktion für Tage, vielleicht für Wochen aus. Das schmälert die Profiteure, für deren Höhe die Fabrik ihren Besitzern haftet, ihnen Rechenschaft ablegen muß, wenn das Jahr um ist. Sie fragen nicht: Wie viele Menschen gingen zugrunde? Das ist Nebenache und kümmert nicht einen von ihnen. Aber: Wo ist der Gewinn? Das fragen sie. Wieviel Profit wurde herausgewirtschaftet? Kann die Fabrik auf diese Fragen keine zufriedenstellende Antwort geben, der Grund spielt da keine wesentliche Rolle, dann fallen die Besitzer das vernichtendste Urteil, das die Fabrik treffen kann. Dieses Urteil lautet: Das Werk wird wegen Unrentabilität stillgelegt. Welch schreckliches Wort ist das! Das Werk wirft keinen Profit, keinen Mehrwert ab, vermehrt nicht mehr das Geld und die Macht seiner Besitzer, garantiert ihnen ihr reiches, genussvolles Leben nicht mehr. Also weg damit! Schluss! Sie entziehen der Fabrik das Geld, sie nennen es allerdings Kapital. Aber gleichviel, wie es heißt. Es ist das Blut, das den Organismus der Fabrik am Leben erhält.

Nein, sie kann wirklich nicht zwiel Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit ihrer Arbeiter nehmen, die Fabrik. Diese Rücksicht verbietet das Profitinteresse, das über allen anderen Interessen steht; denn die kapitalistischen Fabrikherren sind an den Profit gebunden. Wirft die Fabrik keinen Profit mehr ab, dann verlieren sie das Interesse an ihr, sie wird stillgelegt.

Also muß sie zuerst Rücksicht auf den Profit nehmen, muß ihre Arbeiter schinden, plagen, ihre körperliche und geistige Arbeitskraft ausbeuten. Im Interesse ihrer selbst muß sie das und auch in dem ihrer Arbeiter. Das klingt widersprüchlich. Aber es ist so; denn würde die Fabrik stillgelegt, dann verlieren die Arbeiter ihre Arbeitsstelle und damit alles, was sie noch besitzen, ihr Brot, ihre Kleidung, ihre Wohnung. Dann bliebe ihnen allen außer ihrer Arbeitskraft nichts mehr als das nackte Leben und ihre Ketten. Ihre Arbeitskraft wäre dann für sie noch wertvoller als die stillgelegte Fabrik. Und nicht nur sie verlieren das alles. Auch ihre Frauen, ihre Kinder würden brotlos und müßten noch mehr hungern als bisher. Darum darf die Fabrik auch im Interesse ihrer Arbeiter keine Rücksicht nehmen.

Es würde ihr aber auch selbst weh tun, wenn sie ihre Arbeiter verlieren würde. Sie verliert sie nicht gern, ist mit ihnen durch das Los ihrer täglichen Iron verbunden. Eigentlich gehörten sie zusammen. Sie arbeiten zusammen die Werke, schuften zusammen, nicht für sich, für die anderen, genießen zusammen ihre Feierlichkeiten und können sehr gut Fremde sein, wenn jener hartberzige Dritte nicht wäre — der Profit.

(Fortsetzung folgt)

Der Mann am Steuer.

Von Antonie de Courson. Deutsch von J. H. Köster.

Der Wagen hielt am äußeren Ende der breiten Kastanienallee. Eine Dame lief schnell auf ihn zu.

„Sah sich einige Male nervös um. Stieg ein.“

„Ariane! Endlich!“

„Sie griff schweigend nach seiner Hand.“

„So spät, Ariane?“

„Ich konnte nicht früher. Ich hatte Angst.“

„Dein Mann?“

„Ja — er muß etwas gemerkt haben. Seit gestern spricht er kein Wort mit mir. Heute morgen, beim Frühstück, starrte er mich immer unerblickt an. Er scheint etwas zu ahnen. Vielleicht hat er Beweise.“

Er legte seinen Arm um sie und zog sie an sich.

„Das ist doch ausgeschlossen, Liebste. Es gibt keine Beweise gegen uns. Ich schreibe dir nicht, ich telephoniere nicht mit dir, es hat uns noch niemand zusammen gesehen, und ich besuche dich niemals.“

Sie begann zu weinen.

„Trotzdem — warum ist er so seltsam?“

„Das bildest du dir alles nur ein, Ariane. Liebst du mich nicht mehr?“

Sie zog seine Hand an ihre Lippen.

„Ich liebe dich. Aber er ist unberechenbar. Er weiß nicht, was er tut, wenn er wütend ist. Dann ist er zu allem fähig. Ich habe — ich habe gräßliche Angst, Robert.“

„Sprich jetzt nicht davon, Ariane. Sprich von dir, von deiner Liebe — ich sehe dich so wenig in der letzten Zeit.“

Der Wagen lief über die Champs-Élysées. Lichtreklamen warfen ihre bunten Schatten in die Einsamkeit des Wagens, oft taghell und schnell wieder verstummend. Dann ward es ruhiger um sie. Das Auto bog in eine rechte Seitenstraße ein und hielt bald vor einem kleinen Hause in Neuilly. Die zeitigen Blumen des Jahres atmeten herb in der Abendluft und der Flieder öffnete gerade seine ersten Blüten, als sie durch den schmalen Gartenweg schritten und Robert die Tür seines Hauses aufschloß. In der Ferne rollte der Wagen nach Paris zurück.

Es waren noch nicht zwei Stunden vergangen, als sich die Gartenfär öffnete und sie wieder auf die einsame Straße trafen. Drei Häuser weiter hielt eine Autodroschke.

„Frei?“ trat Robert zum Chauffeur.

Der Chauffeur nickte.

Robert nannte ihm das Fahrtziel und sie stiegen ein.

Der Motor sprang an.

Am Himmel näherte sich der helle Schein der Stadt.

„Er fährt schnell“, sagte Ariane unvermittelt aus ihrem Schweigen heraus.

Robert nickte.

„Ja. Wir werden rechtzeitig zurück sein.“

„Er soll nicht so schnell fahren.“

Er streichelte leise ihre Hand.

„Du bist nervös, Liebste.“

Ein plötzlicher Ruck warf sie nach vorn. Der Wagen bremste auf fünf Meter, bog links aus und begann wieder sein altes Tempo einzuholen.

„Er soll langsamer fahren“, weinte Ariane.

„Läß ihn doch.“

„Nein. Wenn du es ihm nicht sagst, werde ich es tun.“

Sie beugte sich gegen die Scheibe, die sie vom Fahrer sah trennte, um sie beiseite zu schieben.

Mit einem leisen Schrei fuhr sie zurück.

Sie starrte mit weit aufgerissenen Augen auf den Chauffeur.

„Was?“

„Er! Mein Mann!“

„Du siehst Gespenster.“

„Nein. Die Narbe am Ohr. Du weißt es ja. Ich erkenne sie genau.“

Eine rote Narbe schnitt quer über das Ohr des Mannes vor ihnen.

„Er ist uns gefolgt“, stieß Ariane schluchzend hervor, „er hat uns beobachtet! Er fährt uns in den Tod.“

Robert klopfte an die Scheibe.

„Hören Sie, Chauffeur?“

Der Mann nahm keine Notiz davon.

„Hallo — fahren Sie langsamer! — Die Dame wünscht es —“

Der Chauffeur gab keine Antwort und beschleunigte das Tempo.

Robert sah zurück auf Ariane. Sie hatte das Gesicht in ihren Händen vergraben und ein Weinkampf schüttelte ihren Körper. Er zweifelte nicht mehr, daß der Mann am Steuer ihr Gatte war. Sein Benehmen und die Narbe am Ohr — aber woher wußte er von ihnen? Wie hatte er ihr kleines Haus entdecken können? Und dieses einsame Auto in der verlassenen Straße?

Es galt rasch zu handeln.

Er zog aus der Tasche einen Browning.

„Halten Sie sofort!“ schrie er.

Der Chauffeur rührte sich nicht.

„Halten Sie, oder ich schieße!“

Der Wagen fuhr in unverminderter Fahrt weiter.

Robert hob die Waffe.

Ein Schuß krachte.

„Das geheimnisvolle Verbrechen unweit von Neuilly“, las man in den nächsten Tagen in den Pariser Boulevardblättern, „scheint niemand aufzuklären zu werden. Es bleibt unverständlich, aus welchen Motiven die beiden Insassen des Wagens, die den besten Gesellschaftsklassen von Paris angehören, den Chauffeur Bouchard ermordeten, der gestern im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist. Bouchard, Vater von vier Kindern, lebte in geordneten Verhältnissen und beabsichtigte, Ende des Monats sich von seinem Beruf als Taxichauffeur zurückzuziehen, da sein Ohrenleiden sich ständig verschlimmerte — seine starke Schwerhörigkeit nahm von Tag zu Tag zu und mußte in Kürze zur völligen Taubheit führen.“

Humoristische Ecke.

Der barmherzige Samariter.

Die Lehrerin erzählte die Geschichte vom barmherzigen Samariter und schloß: „Solche gute und mildtätige Menschen gibt es aber heute nicht mehr.“ Da meldete sich eifrig Ilse zum Wort und sagte: „Doch, Fräulein, die gibt es noch. Als meine Mutter und ich gestern im Café waren, setzte sich ein ganz fremder Herr mit an unseren Tisch, unterhielt sich mit uns und hat alles bezahlt. Dann ist er sogar mit in unsere Wohnung gegangen und hat sich bis zum Morgen mit meiner Mutter unterhalten. Beim Fortgehen hat er mir noch 5 Mark in meine Spardbüchse gesteckt.“

Gegen die Eiserne Front.

Nazi-Gausthürer: „Was wir brauchen, das sind äußerst gewandte Kräfte zu einem Einbruch in die Eiserne Front.“
Neu aufgenommenener Nazi selbstbewußt: „Waff denken Sie, Herr Gausthürer, waff ich in Einbrüchen schon für Dinger jedreht habe.“